Westberlin und der DDR unter anderen politischen Bedingungen verlaufen, weil die Kreuzberger »Gegenöffentlichkeit« zeitweilig die kulturelle Hegemonie errungen hätte. Kreuzberg sei ein »Laboratorium der Liberalisierung« gewesen, was zumindest in Ansätzen auch in Friedrichshain zu beobachten sei. Dreh- und Angelpunkt der Problemlagen beider Stadtteile war die Wohnfrage, an der sich Lebensstilexperimente und Lernprozesse der Verwaltung zeigen lassen.

Das Buch bietet eine Vielzahl von anregenden Hinweisen und Einzelheiten – so lässt sich der legendäre DEFA-Film »Die Legende von Paul und Paula« auch als Metapher für Wohnkonflikte in Friedrichshain verstehen. Zudem operiert Hochmuth auf einer breiten Kenntnis der zeitgeschichtlichen Forschung und verwendet ein breites Repertoire an Quellen, die von Studien des Kaiserreichs über Zeitungen bis hin zu Interviews mit ehemaligen Akteuren reichen. Besonders hervorzuheben sind seine vielfältigen Hinweise auf lokale historische Erzählungen. Dass der Begriff »Kiez« in den 1970er Jahren in der alternativen Kreuzberger Szene neu angeeignet wird und dann in den 1980er Jahren nach Ostberlin schwappt, bis selbst Erich Honecker ihn positiv besetzt verwendet, gehört zu einem wichtigen Aspekt von Stadtgeschichte. Solch historisierenden Zugehörigkeitserzählungen zu überschaubaren Sozialräumen verdeutlichen das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit, das für die Stadtgeschichte insgesamt weitergedacht werden sollte. Ebenso überzeugend ist die hier präsentierte »asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte« (Konrad Jarausch), weil Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier so naheliegender Bezirke nachvollziehbar werden. Aber es gibt auch einen Wermutstropfen. Am Ende des Fazits weist Hochmuth darauf hin, dass Kreuzberg durch die alternativen Subkulturen und die Migration stärker mit der Welt verbunden gewesen sei als Friedrichshain. Dies verweist auf eine deutliche Schwachstelle der Analyse: Migration als stadtteilprägendes Element bleibt in allen drei Untersuchungsfeldern Wohnen, Kirchen und Vergnügen nahezu unbeleuchtet, obwohl in Kreuzberg im Jahr 1990 immerhin gut 37 Prozent der Wohnbevölkerung keinen deutschen Pass hatten. Dies ist bedauerlich in einem profunden und anregenden Buch, das Stadtgeschichte über ihre Stadtteile hinaus schreibt.

Knud Andresen (Hamburg)

Aidspolitik

Henning Tümmers, AIDS. Autopsie einer Bedrohung im geteilten Deutschland, Göttingen (Wallstein) 2017, 374 S., 39,90 €

»Schlucken HIV-Infizierte regelmäßig ihre Medikamente, sind sie nicht mehr ansteckend, auch nicht beim Sex ohne Kondom.« Was *Der Spiegel* damit im Mai 2019 vermeldete, war mehr als nur das Ergebnis einer umfassenden europaweiten Studie, die belegte, dass die heutige retrovirale Kombinationstherapie die Anzahl der HI-Viren bei Bluttests unter die Nachweisgrenze senken kann. Die Erkenntnis, dass solche Medikamente die Weitergabe des Erregers verhindern, verändert das *Acquired Immune Deficiency Syndrome* grundlegend: AIDS steht an der Schwelle dazu, seinen Status als Infektionskrankheit zu verlieren. Die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, könnte nicht mehr eine Frage des Wissens um und der Anwendung von *Safer-Sex*-Praktiken sein, sondern ein Problem der Therapie-Compliance – die allgemeine Verfügbarkeit der entsprechenden Präparate vorausgesetzt. Nicht nur mit

dieser neuen Verschiebung in der Bedeutung von AIDS erlangt Hennig Tümmers' Aufarbeitung der ersten Transformation in den 1980er Jahren von einer Krankheit potenziell epidemischen Ausmaßes zu einer chronischen Krankheit der Infizierten aktuelle Brisanz.

Tümmers geht es bei der Geschichte von AIDS vor allem um die an ihr sichtbar werdenden Neuverhandlungen und -justierungen im Verhältnis zwischen Bürger*innen und dem bundesrepublikanischen Staat. Narrativ ausgesprochen flüssig und sprachlich sehr elegant – in seinen Sprachbildern dadurch manchmal nicht vollkommen präzise, wie zum Beispiel bei der Gleichsetzung der deutsch-deutschen Grenze mit der Elbe – präsentiert Tümmers den Leser*innen in vier Kapiteln eine genaue, chronologisch gegliederte und drei Perioden unterscheidende Rekonstruktion der vorrangig bundesdeutschen Reaktionen auf AIDS, die er mit denen in den USA und der DDR kontextualisiert. Ineinandergreifende Wahrnehmungs-, Deutungs-, und Kommunikationsprozesse hätten die zunächst unbekannte Krankheit als allgemeine und vermeintlich tödliche Bedrohung gerahmt. AIDS wurde dadurch zu einer Krise gesellschaftlicher Ordnung und politischer Ordnungsfähigkeit, für welche die Biomedizin keine brauchbare Lösung fand. Auch die für zuständig erklärten sozial- und gesundheitspolitischen Akteure konnten sich auf keine konsistente und kohärente Bewältigungsstrategie einigen. Zum Ende der 1980er Jahre und über die Wiedervereinigung hinaus sei jedoch letztendlich die freiheitlich demokratische Grundordnung unter den Leitmotiven der Selbsthilfe, Freiwilligkeit, Eigenverantwortlichkeit und solidarischen Kooperationsbereitschaft aus dieser Bewährungsprobe restabilisiert hervorgegangen. Die Herausforderung AIDS und die sich daran entfaltende Aidspolitik könne demnach nicht als historischer (Struktur-)Bruch verstanden werden, sondern sei als ein Katalysator historischer Entwicklungen seit 1949 zu interpretieren.

Dass diese These durchaus plausibel erscheint, liegt an einer kontrovers diskutierten – und in Bayern untergrabenen – politischen Entscheidung. In der Bundesrepublik wurde Mitte der 1980er Jahre auf die Autoimmunerkrankung nicht repressiv, sondern permissiv reagiert. Mit den Aushandlungen dieses Beschlusses hat Tümmers eine gewinnbringende heuristische Sonde an der Hand, mit der er die Abwägung zweier staatlich zu garantierender Rechtsgüter – die Freiheitsrechte des Einzelnen gegenüber dem Anspruch auf Schutz – in einer historisch spezifischen Situation nachzeichnen kann. Seine Schlussfolgerung eines durch AIDS liberaler gewordenen Vertrauensstaates, in dem »Bonn Aufgaben des Staates zu einer Angelegenheit der Bürger [machte, C. S.]«, rekurriert demnach im Kern auf einen Parlamentsbeschluss vom November 1986. Nach Jahren einer uneinheitlichen Politik setzte die Mehrheit der Parlamentarier aus Gründen der Effektivität und Effizienz auf eine gesellschaftliche Lernstrategie: Anstatt inhärent diskriminierender seuchenpolizeilicher Maßnahmen (das zu erzwingende Identifizieren und Absondern von Infizierten) sollten zielgruppenspezifische Aufklärungsmaßnahmen über kollektiv wirksame, individuelle Verhaltensänderungen die Gefahr der Seuche AIDS bannen.

Als eine solche exemplarische, um ihren sozialen und wissenschaftlichen Kontext vielfach erweiterte und minutiös periodisierende Politikgeschichte der Sicherheit in den 1980er Jahren funktioniert *Autopsie einer Bedrohung* vorzüglich. Im Kern bestätigt sie die Erfolgs- und Meistererzählung der Liberalisierung und Pluralisierung der Bundesrepublik. Dafür

sind auch die vornehmlich herangezogenen Positionspapiere und Schriftwechsel aus Archiven, die Fachpublikationen sowie Drucksachen und Plenarprotokolle aus dem Bundestag die richtigen Quellen. Für die Untersuchung von Bedrohungs- und Normierungsdiskursen wäre jedoch ein umfassenderer Rückgriff auf Bild- und Filmmaterial hilfreich gewesen. In Anbetracht ihrer in der Medien- und Popularisierungsforschung nachgewiesenen Wirk- und Gestaltungsmacht bei der Zirkulation von Wissen (und Emotion) sowie der ubiquitären Bildlichkeit von AIDS in der medialen Dauerberichterstattung der 1980er Jahre überrascht das Fehlen visueller Quellen.

So deutet Tümmers solche Potenziale zwar an, schöpft sie indes nicht restlos aus. Dadurch wird der Autor beispielsweise der Komplexität des sozialistischen Staates nicht durchgehend gerecht. Er konzeptualisiert die DDR lediglich als »heuristische Vergleichsfolie« und als beziehungsgeschichtliches Gegenüber der Bundesrepublik. Obwohl Tümmers an dieser Stelle Transferprozesse vor allem in Richtung Osten ausmacht, nimmt er die Abläufe der Rezeption und damit die (Reichweite der) *Agency* der Akteure vor Ort und deren Netzwerke nicht genauer unter die Lupe. En passant konstatiert er auch die Ideologisierung der beispielhaft betrachteten Anti-Aids-Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums von 1988. Deren Titel »Gib AIDS keine Chance« war zwar aus der Bundesrepublik übernommen worden und wie diese setzten die Ausstellungsmacher*innen programmatisch auf Offenheit und Klarheit in Fragen von Liebe und Partnerschaft. Gleichwohl kam die Exposition nicht über eine Leistungsschau der DDR und das Propagieren von konservativen Werten in Bezug auf Familie und Sexualität hinaus. Der Vielschichtigkeit einer solchen visuellen wie auch dinglichen Quelle – der Ausstellung – wird jedoch nicht Rechnung getragen. Eine symmetrische Vergleichsgeschichte, welche die DDR – und die Aussagefähigkeit ihrer staatlich produzierten Quellen – ähnlich minutiös untersucht wie die Bundesrepublik, ist *Autopsie einer Bedrohung* nicht. Mit Blick auf die exzellente Literaturlage wären aufgrund der ähnlichen gesellschaftlichen Ordnungen vielleicht die USA oder Großbritannien gewinnbringendere und nicht schwer zu erarbeitende Kontrastfolien zur BRD gewesen. Dies hätte sowohl konkreter nach Divergenzen oder Konvergenzen als auch nach internationalen Transferprozessen beim Umgang mit AIDS fragen lassen können. Damit hätte der Autor seiner These mehr Gewicht verleihen können, dass nationale Pfadabhängigkeiten wichtiger waren als internationale Organisationen.

Ebenfalls hätte sich der Rezensent bei den emotions- und präventionshistorischen Ausführungen ein wenig mehr historische Tiefe gewünscht. Dies hätte dazu beitragen können, Gefühle wie Angst und Bedrohtheit, aber auch Vertrauen und Liebe aus ihrer Black Box zu holen. Sie hätten in ihrer Bedeutung und Konsequenz relational historisiert und innerhalb der 1980er Jahre vergleichend zu anderen Bedrohungsszenarien wie der der nuklearen Vernichtung situiert werden können. Gleiches gilt für die für Tümmers Geschichte so zentrale gesundheitsaufklärerische Lernstrategie. Ihre Entwicklung weiter zeitlich zurückzuverfolgen hätte als zusätzlicher Mehrwehrt auch das historiografische Schlagwort des »Präventiven Selbsts« schärfen können. Die These von der Interiorisierung präventiver Verhaltensnormen müsste nämlich noch mit den vielen Ungleichzeitigkeiten zwischen bevölkerungs- und individuumsbezogenen Präventionsformen genauer in Beziehung gesetzt werden. Denn die Geschichte der

verhütenden Vorsorge ist von diversen Gegenläufigkeiten durchzogen. So entwickelte sich das »Präventive Selbst« nicht erst mit diversen Schüben der Subjektivierung unter neoliberalen Vorzeichen in den 1970er und 1980er Jahren, sondern bereits im 19. Jahrhundert, als Selbstsorge einen zentralen Stellenwert im Entwurf des bürgerlichen Subjekts erlangte. Im Kontext von Liberalisierung und AIDS wurde es also eher neu figuriert. Genauso erscheint die zeithistorisch nahezu synchron und international verlaufende präventive Funktionsausweitung der Biomedizin einerseits und der Genese einer neuen öffentlichen Gesundheitspolitik andererseits widersprüchlich. Während erstere Entwicklung individualisierend und damit entpolitisierend wirkte, baute *New Public Health* auf einem Verständnis individuellen Gesundheitshandelns als sozial interdependent auf. Dies war die Voraussetzung dafür, die kollektive Lernstrategie gegen AIDS entwickeln und implementieren zu können. Zudem verstärkte dieses Verständnis die Politisierung von Gesundheit.

Trotz Tümmers' insgesamt gewinnbringender Studie steht es für den bundesrepublikanischen und für den deutsch-deutschen Fall immer noch aus, die *Agency* der Betroffenen zu historisieren. Hier zeigt sich ein Nachteil darin, dass der Autor die Betroffenengruppen mit ihren Bestrebungen um Anerkennung ihrer Erfahrungen, ihres Wissens und ihrer Bedürfnisse kaum im Blick hat. Dass jedoch Betroffene zu Aktivist*innen wie auch zu beratenden Expert*innen wurden, ist wohl beachtenswert. Die Geschichte dieser Transformation von »Opfern« zu Anspruchsgruppen zu schreiben und diesen Prozess mit den besser bekannten anglo-amerikanischen Entwicklungen in Beziehung zu setzen, steht noch aus.

Christian Sammer (Heidelberg)

Zeitgeschichte der Dinge

Andreas Ludwig (Hg.), Zeitgeschichte der Dinge. Spurensuche in der Welt der materiellen Kultur der DDR, Wien/Köln/Weimar (Böhlau) 2019, 378 Seiten, 158 Abb., 25 €

Mit dem vorliegenden Sammelband verfolgt Andreas Ludwig unter der Mitarbeit von Katja Böhme und Anna Katharina Laschke ein ambitioniertes Projekt. Fokussiert auf materielle Kultur möchte das bildreiche Buch eine zeitgeschichtliche Binnenanalyse der DDR eröffnen. Die 26 größtenteils empirischen Beiträge (von denen vier allerdings keinen DDR-Bezug haben) versammeln Ergebnisse des am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam angesiedelten Forschungsprojektes »Materielle Kultur als soziales Gedächtnis einer Gesellschaft«. Dingforschung soll hier einerseits eine Perspektive auf die alltägliche beziehungsweise alltagsparadigmatische Dimension, andererseits aber auch einen Blick auf die Musealisierung von DDR-Konsumgütern ermöglichen. Dieser Ansatz möchte sich explizit als eine Gegenperspektive zu dominanten Diskursen verstanden wissen, in denen die DDR primär als demokratisch und ökonomisch defizitärer Gegenpart Westdeutschlands aufgefasst wird (Regina Göschl etwa verfolgt in *DDR-Alltag im Museum*, 2019, eine deutlich stärker auf Diktatur fokussierte Perspektive auf das Thema).

Der Sammelband ist in drei thematische Bereiche untergliedert. Nach einer pointierten und dichten Einleitung, die in die Konsumkultur der DDR und ihre Musealisierung sowie in materielle Perspektiven der Geschichtsforschung einführt, beinhaltet der erste Buchabschnitt empirisch und theoretisch gut durchdachte Beiträge zum Verständnis des ge-